

Nahrungsmittel

Sorge ums tägliche Brot

Der starke Anstieg der Nahrungsmittelpreise in jüngster Zeit hat viele Ursachen – allen voran die erhöhte Nachfrage der Schwellenländer und die Biospritstrategie der EU sowie der USA. Besonders zu leiden haben darunter die Entwicklungsländer. Die Ausgaben für Brot, Reis, Mais etc. machen in diesen Staaten oft weit mehr als die Hälfte der Haushaltsbudgets aus.

Erst die Tortilla-Krise vor gut einem Jahr in Mexiko und nun die Hunger-Unruhen in Haiti: Die globalen Lebensmittelpreise steigen in letzter Zeit in rasendem Tempo und auf noch vor kurzem ungeahnte Höhen. In der Folge können sich viele Haushalte in den Entwicklungsländern kaum noch das tägliche Brot leisten.

Das UN-Welternährungsprogramm schätzt, dass über 100 Millionen Menschen weltweit zusätzlich Hunger leiden müssen – das sei die größte Herausforderung seit 45 Jahren.

Lange Zeit hatten sich die Nahrungsmittelpreise nur wenig verändert – um die Jahrtausendwende waren sie sogar merklich zurückgegangen. Umso mehr überraschen die massiven Anstiege in jüngster Zeit (Grafik):

Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert, dass der weltweite durchschnittliche Nahrungsmittel-

telpreis in diesem Jahr rund 50 Prozent höher liegen wird als noch 2005.

Getreide wird 2008 aller Voraussicht nach sogar mehr als doppelt so teuer sein wie vor drei Jahren. Dahinter steckt eine ganze Reihe von Gründen:

- **Wettereinflüsse.** Wichtige Agrarstaaten hatten in den vergangenen Jahren mit Dürren oder zu viel Regen zu kämpfen. Vor allem Weizen vertrocknete oder verfaulte auf vielen Feldern, so in Australien oder der Ukraine, die früher als Kornkammer der Sowjetunion galt. Immerhin kann man hoffen, dass derartige Wetterphänomene nicht auf den Klimawandel zurückgehen, sondern nur vorübergehend sind und die Bauern künftig wieder bessere Ernten einfahren – denn zumindest für 2008 sieht es günstiger aus.
- **Produktionskosten.** Dauerhaftere Probleme als das Wetter werden dagegen wohl die hohen Energiepreise bereiten. Zum einen sind die in der Landwirtschaft eingesetzten Traktoren ordentliche Spritschlucker. Zum anderen lassen höhere Ölpreise auch die Kosten für Düngemittel auf Mineralölbasis steigen. Mehr berapen müssen die Landwirte zudem für das

liebe Vieh, denn das frisst nun mal auch teures Getreide.

• **Schwellenländer.** China, Indien, Brasilien und andere bevölkerungsreiche Schwellenländer haben in den vergangenen Jahren ein beachtliches Wirtschaftswachstum hingelegt und werden dies voraussichtlich weiterhin tun. Die Getreidenachfrage steigt somit, etwa weil mehr Brot und Mehl gekauft werden (Grafik Seite 5). Hinzu kommt: Viele Menschen in den Schwellenländern werden wohlhabender und konsumieren immer mehr höherwertige Produkte wie Fleisch- und Milchwaren. Das erhöht indirekt die Nachfrage nach Futtergetreide.

Nach IWF-Schätzungen gehen im Schnitt der Jahre 2007 und 2008 rund 60 Prozent des Anstiegs der Getreidenachfrage auf das Konto der Entwicklungs- und Schwellenländer – allein rund 14 Prozent auf China.

Außerdem nimmt mit dem Bevölkerungswachstum in den Schwellenländern auch die Verstädterung zu. So gehen weitere Anbauflächen verloren.

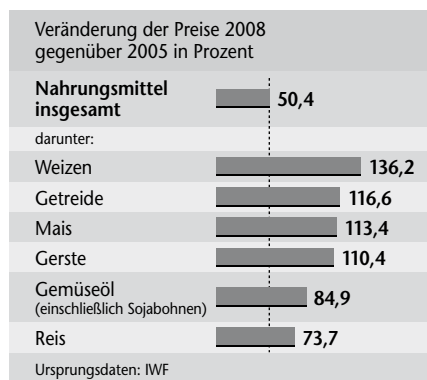
All diese Preistreiber lassen sich kaum beeinflussen, andere hingegen schon:

Bioenergie. Tank statt Teller – auf immer mehr Ackerflächen bauen Landwirte Raps, Mais oder Zuckerrohr an, die dann weiterverarbeitet werden zu Biodiesel und Ethanol statt zu Salatöl, Mehl und Zucker. In den USA etwa gehen in diesem Jahr nach einer Schätzung des International Food Policy Research Institutes rund 30 Prozent der Maisproduktion in die Ethanolherstellung.

Allein die US-Nachfrage nach Mais zur Ethanolproduktion macht laut IWF rund 40 Prozent der höheren Getreidenachfrage in den Jahren 2007 und 2008 aus.

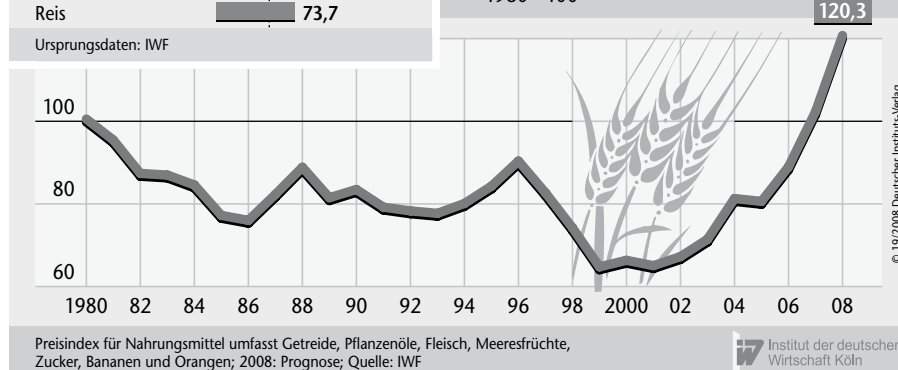
Daraufhin hat sich Maismehl stark verteuert, was Anfang 2007 in Mexiko viele Menschen zu Protesten auf die Straße trieb – schließlich ist die Maistortilla im mittelamerikanischen Land kaum vom täglichen Speiseplan wegzudenken.

Geholfen haben die Demonstrationen während der sogenannten Tortilla-Krise



Nahrungsmittelpreise: Weltweit gestiegen

Weltweiter Preisdurchschnitt
1980 = 100



jedoch nicht. Denn der Schwenk zur Biospritproduktion ist politisch gewollt. Die EU und vor allem die USA unterstützen diesen noch recht jungen Trend massiv durch Subventionen und Steuervergünstigungen. Dem Klimaschutz, dem vermeintlichen Hauptziel, wird so aber kaum gedient, wie einige neuere Studien zeigen. Denn die Herstellung von Biosprit aus Mais und Raps kostet fast so viel fossile Energie, wie die Treibstoffbeimischung einspart.

Offenbar spielen auch andere politische Motive eine wichtige Rolle – etwa, weniger von den Ölstaaten abhängig zu werden. Das erscheint auf den ersten Blick durchaus sinnvoll und legitim. Doch wenn die Armen in den Entwicklungsländern deshalb Hunger leiden müssen, wird diese Strategie fragwürdig.

Spekulation. Zugespitzt wird die aktuelle Lage zudem dadurch, dass Hedgefonds die Agrarmärkte als Investitionsziel entdeckt haben. Dies lässt die Preise noch weiter klettern. Das ist zwar ein starker Anreiz für die Bauern, zusätzliche Felder zu nutzen und so auch mehr Getreide, Mais und Co. zu produzieren. Doch die Landwirte laufen der großen Nachfrage immer ein Stück weit hinterher, denn so schnell sprießen die Pflanzen nicht – die Preise bleiben also hoch.

Die Folgen der Nahrungsmittelknappheit bekommen sowohl Entwicklungs- als auch Industrieländer zu spüren. In Deutschland wurde der Supermarktbesuch zuletzt beachtlich teurer:

Im März 2008 kosteten Nahrungsmittel hierzulande im Schnitt 8,6 Prozent mehr als im Vorjahresmonat.

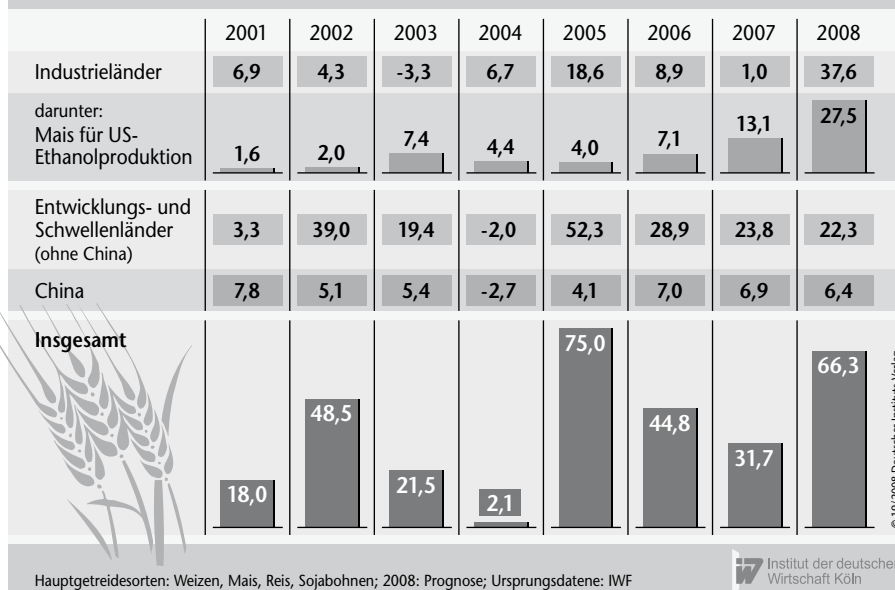
Doch Milch, Brot, Gemüse und Reis machen in der Bundesrepublik nur rund 9 Prozent der Verbrauchsausgaben aus – anders als in vielen Entwicklungsländern. Dort geht ein wesentlicher Anteil der Haushaltskasse für den Kauf von Nahrungsmitteln drauf. In China und anderen Schwellenländern ist es nicht ganz ein Drittel, in armen Entwicklungsländern dagegen oft mehr als die Hälfte.

In Bangladesch und Nigeria entfallen fast zwei Drittel der Haushaltsausgaben auf Lebensmittel – in armen Bevölkerungsteilen sogar noch mehr.

Verschärft wird die Situation zudem dadurch, dass viele Staaten Nahrungs-

Getreidenachfrage: Vom Energiehunger angetrieben

Nachfrage nach Hauptgetreidesorten – Veränderung gegenüber Vorjahr in Millionen Tonnen



mittelexporte besteuern oder gar verbieten, um den Preisanstieg im eigenen Land in Grenzen zu halten. Dazu gehören etwa China, Indien, Russland und Argentinien. Die Exportbeschränkungen verknappen das Angebot auf dem Weltmarkt und treffen so Länder, die Nahrungsmittel importieren – sie müssen dadurch höhere Preise zahlen.

Des einen Freud ist des anderen Leid: Arme Entwicklungsländer, die Nahrungsmittel per saldo importieren, können durch die jüngsten Preisexplosionen in Zahlungsschwierigkeiten kommen. Staaten, die Nettoexporteure von Nahrungsmitteln sind, stehen hingegen besser da. Ein ähnlicher Verteilungskampf findet auch innerhalb der Länder statt. Bauern, die Überschüsse erwirtschaften, profitieren. Leidtragende sind dagegen vor allem arme Menschen in den Städten.

Die jüngsten Proteste auf Haiti, in Ägypten, Indonesien und Thailand sind wohl erst Vorboten weiterer Konflikte. Die Industriestaaten kommen schon aus humanitären Gründen kaum umhin, zu helfen. Die Weltbank fordert einen „new deal“ im Nahrungsmittelbereich.

Das Welternährungsprogramm beziffert den kurzfristigen Hilfebedarf, der sich aus den Preissteigerungen ergibt, auf rund 750 Millionen Dollar.

Viele Industrieländer – darunter auch Deutschland und die anderen EU-Staaten

– haben ihre Mittel bereits aufgestockt. Auf kurze Sicht können Finanzhilfen den armen Bauern etwa den Kauf von Saatgut und Dünger erleichtern. Mittelfristig müssen die Landwirte aber produktiver werden. Dazu sind lange vernachlässigte Investitionen nötig, etwa in die Anbaukenntnisse und die maschinelle Ausstattung oder in die Infrastruktur für Bewässerung und Transport.

Doch auch die Industrieländer müssen mehr Nahrungsmittel anbauen. Immerhin zeichnen sich in den USA wieder etwas höhere Weizenernten ab. Gleiches gilt für die EU, wo zudem bereits im Herbst die Stilllegung von Ackerflächen rückgängig gemacht wurde. An ihrer Biokraftstoffpolitik will die EU-Kommission jedoch offenbar festhalten, obwohl sich hier in einer Reihe von Mitgliedsländern Kritik regt.

In den Entwicklungsländern ist außerdem die weit verbreitete Subventionierung und Preisbindung von Lebensmitteln mittelfristig der falsche Weg. Denn durch sie kommen knappe staatliche Finanzmittel auch Wohlhabenden zugute, und es bleibt weniger Geld für die Ärmsten übrig. Auch lohnt es sich für die Bauern bei geringen Preisen zu wenig, ihre Produktion zu steigern. Besser wäre es, Hilfen gezielt in die Taschen der Armen fließen zu lassen und so ihre Kaufkraft zu stärken.